

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 10.11.2008

Antragsnr.: 304/2008

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: II/Hr. Beugel

mit Referat: OBM/Dr. Balleis

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Stadtratsgruppe Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Di-Do 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Freitag 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr

tel 09131/86-1789

fax 09131/86-1791

e-mail:erlanger-linke@stadt.erlangen.de

<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de>

Erlangen, den 10.November 2008

Antrag „Kommunale Entschuldung“

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

in Würdigung der Rede des Finanzreferenten der Stadt, Herrn Beugel, zum Haushalt 2009 beantragen wir, die Stadt Erlangen solle über den bayerischen Städtetag eine Initiative entwickeln um ein kommunales Entschuldungsprogramm durch Bund und Länder auf den Weg zu bringen.

Begründung:

Die Debatte muss jetzt geführt werden, um zu politischen Entscheidungen zu kommen. Die Erlanger Linke sieht die kommunalen Zusammenschlüsse in der Pflicht, jetzt eine gemeinsame Initiative zu ergreifen.

Zahlreiche Kommunen sind seit langem hoch verschuldet. Ein Kürzungspaket folgte dem nächsten. Fast 90 % der kommunalen Ausgaben sind durch Bundes- und Landesgesetze verpflichtend. Die jahrzehntelange Missachtung der Konnexität ("Wer die Musik bestellt, muss auch zahlen!") durch Bund und Land zu Lasten der Kommunen ist die entscheidende Ursache für die kommunale Schuldenlast. Erst danach stehen örtliche Fehlentwicklungen auf der Rechnung. Die konjunkturell bedingt erhöhten Gewerbesteuereinnahmen der letzten Jahre sind bereits wieder rückläufig. Durchschnittszahlen über die gute Entwicklung verschleiern auch hier die Realität, weil die Steuerkraft der Kommunen sehr unterschiedlich ausfällt. Zahlreiche arme Kommunen hatten etwa 2007 insgesamt nur das an Gewerbesteueraufkommen, was besser gestellte Städte, wie z.B. München, allein an Zuwachs verbuchen konnten.

Die Kommunen wurden in eine Situation manövriert, in der der Verfassungsgrundsatz der kommunalen Selbstverwaltung nur noch eine Lachnummer ist. Die wachsende Handlungsunfähigkeit vieler Kommunen gefährdet massiv Arbeitsplätze, öffentliche Dienstleistungen und Betriebe. Die Folgen aus der laufenden Finanz- und der drohenden Krise der Realwirtschaft noch gar nicht einkalkuliert. Ausgerechnet auf den wenigen Handlungsfeldern, wo verschuldete Kommune überhaupt noch entscheiden können, werden sie durch die Kommunalaufsicht zu immer härteren Einschnitten zu Lasten der Mehrheit der Einwohner gezwungen.

Die Erlanger Linke wird sich diesem Katastrophenkurs widersetzen. Wir fordern die Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit durch ein umfassendes Entschuldungsprogramm durch Bund und Länder. Was für wenige Großbanken, die sich an den Börsen verzockt haben, möglich ist, darf den Kommunen nicht länger vorenthalten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

Eckart Wangerin
Stadtrat